

Saibacher Zeitung.

Nr. 281.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 7. Dezember

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst dr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1865.

Amtslicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. Dezember d. J. dem Sektionschef des Justizministeriums Dr. Anton Hye Ritter von Lunel nach Maßgabe der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Oktober 1865 als Stellvertreter des Justizministers die Oberleitung und Aufsicht über sämtliche Strafanstalten in den nicht zur ungarischen Krone gehörigen Königreichen und Ländern mit Einschluß der Straf- und Untersuchungsgefängnisse bei den Gerichten allergnädigst zu übertragen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Dezember d. J. den Oberstaatsanwalt Dr. Joseph Ritter v. Waser von der Stelle eines Oberstaatsanwaltes zu entheben und ihn in das oberlandesgerichtliche Richterkollegium zu übersetzen befunden.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. Dezember d. J. dem Kurator des österreichischen Museums für Kunst und Industrie Ferdinand Friedland in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens zur Förderung der Kunst und Industrie den Orden der eisernen Krone dritter Klasse tagfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. November d. J. dem evangelischen Schullehrer in Modern Joseph Stür in Anerkennung seines mehr als fünfzigjährigen verdienstlichen Wirkens im Lehrfache das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Die königl. kroatisch-slavonische Hofkanzlei hat die Supplenten am Essefer Gymnasium Johann Radetić und Andreas Rodrić zu wirklichen Gymnasiallehrern an derselben Lehranstalt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Saibach, 7. Dezember.

Die „Allgem. Zeitung“ beschäftigt sich in einem trefflichen Artikel mit den inneren Aufgaben Oesterreichs. Das Februarstatut sei nicht im Stande gewesen, diesen Aufgaben zu genügen; obschon es sich auf das Oktoberdiplom gründete, gehören doch beide Theile der Verfassung sehr verschiedenen politischen Systemen an. Wollte man darin ein Uebel sehen — und es liege allerdings darin ein Uebel — so bleibe nichts übrig, als redlich an der Lösung des Widerspruches mitzuwirken, im Uebrigen aber sich mit dem öffentlichen Recht Englands zu trösten, welches aus so vielen inkongruenten Theilen besteht. Wie das aber auch beurtheilt werden möge, die Wogen des Kampfes seien weder mit dem Oktoberdiplom noch mit dem Februarstatut besänftigt gewesen, und eben so wenig hätten diese Staatsrechtsbauten einen hinreichenden Fluthbrecher gebildet. „Dazu fehlte namentlich dem letzteren, welches als späteres Werk das ergänzende und entscheidende wurde, die Tüchtigkeit des Gefüges. Man kann in der Unterscheidung, Abgrenzung, Zusammenfassung und Entstehungsart des engeren und weiteren Reichsrathes zwar die gute Absicht, aber auch die Unsicherheit in der Ausführung nicht verkennen.“

Dennoch dürfe das Februarstatut nicht als eigentlich zentralistisch betrachtet werden. Zentralistisch sei nur der Geist des Februarstatutes, von welchem das Statut auf seine Weise interpretirt wird. Das Reich zum einfachen Staat zu machen, sei das offen bekannte Ziel dieses Geistes, und die Partei, welche sich von demselben leiten läßt, der österreichische Doppelgänger der großpreussischen, oder — was dasselbe sagt — der kleindeutschen Partei im außer-österreichischen Deutschland — die Schwester der in Deutschland sogenannten gothaischen Partei.

Der Geist dieser zentralistisch-großösterreichischen Partei ließ so wenig eine Lösung der ungarischen wie der deutschen, und so wenig der polnischen wie der italienischen Frage zu. Dies ist der eigentliche Kardinalpunkt in der Beurtheilung derselben. Ihr System trat in Widerspruch mit der ganzen europäischen Bewegung und zog sich instinktmäßig auf die innere Politik des Reiches zurück. Wo immer die auswärtige Politik einen Aufschwung nehmen wollte, sah sie sich vielmehr durch

die innere gehemmt, als das Umgekehrte stattfand. Wenn das Februarstatut den Ungarn zurief, es könne warten, so war dies kein so großer Fehler, als zu glauben, es sei stark genug, die Welt auf sich warten zu lassen.

Endlich haben wir an dieser Stelle auch das Urtheil eines sehr einflussreichen Blattes, das Urtheil der „Revue des deux mondes“, wenigstens wegen seines Grundtons zu zitiren. Eugène Forcade, ein Mann, den man bekanntlich eben so wenig reaktionärer Tendenzen, als einer besonderen Hinnigung zum österreichischen Kaiserreiche beschuldigen kann, äußert sich über die innere Lage Oesterreichs wie folgt:

Die in Wien durch das Septemberpatent eingeschlagene Politik bleibt sich selbst treu und scheint uns fortwährend das Vertrauen der freisinnigen Geister zu verdienen. Diese Politik wird offenbar in den größten Gebieten des Reiches, in Ungarn, in Galizien, in Böhmen, günstig aufgenommen. Es wäre sehr erfreulich, wenn sie durch die Arbeiten der Landtage sanktionirt würde. Das Werk, welches man unternommen, ist gewiß ein schwieriges, weil es sich darum handelt, das Reich als eine Art von Föderationsstaat zu konstituiren. Die Zentralisten gelangen leichter zu ihrem unmittelbaren Ziele, wenn sie die Gewalt in Händen haben; die Gewalt hält in der That, für den Augenblick wenigstens, jeden Widerstand nieder. Die Bildung einer Föderation dagegen bedarf des Beistandes aller Parteien und muß die entgegengesetzten Tendenzen nicht erdrücken, sondern durch Ueberredung an sich ziehen und in Uebereinstimmung bringen. Das Interesse dieses Versuchs wird sich in den Verathungen des ungarischen Landtags konzentriren.

Die freisinnige Opposition in den deutschen Provinzen scheint zu glauben, daß die neue Politik mit einem Aufgeben des konstitutionellen Prinzips in Oesterreich gleichbedeutend wäre. Wir glauben das Gegentheil. Da es sich darum handelte, den langen Widerstand Ungarns durch Ueberredung zu brechen, so mußte man allerdings die Verfassung suspendiren, welche für den ungarischen Patriotismus der Stein des Anstoßes war; aber wenn erst der Beitritt Ungarns gewonnen ist, werden alle endgültig festgestellten provinzialen Institutionen sich in einer allgemeinen Reichsverfassung koordiniren müssen, in welcher den berechtigten Ansprüchen der deutschen Liberalen ohne Zweifel Genüge gethan werden wird. Wir wiederholen es, diese Reorganisationsarbeit ist ein sehr verwickeltes, sehr delikates, unvermeidlichen Verzögerungen unterworfenes Werk, aber der leitende Gedanke und das Ziel, welches man verfolgt, sind ehrenwerth und verständlich und ein guter Erfolg aufs innigste zu wünschen. Derselbe würde von verschiedenen Standpunkten erfreuliche Konsequenzen haben. Wir werden dann auf der politischen Szene Europa's jene Ungarn wiedersehen, welche für die Politik und für die Freiheit so wohl begabt sind, mit dem glänzenden Edelmuthe ihrer Gesinnungen und mit ihrer eigenthümlichen Beredsamkeit. Ein wirklich freier Staat, wird Oesterreich in der Bewegung der modernen Gesellschaften einen hervorragenden Platz einnehmen. Es wird sich friedlich der Ausbeutung seiner reichen ökonomischen Hilfsmittel widmen, der langen Unordnung seiner Finanzen ein Ziel setzen, sich von der bürokratischen Routine befreien und durch Handelsverträge mit der guten industriellen Praxis vertraut machen. Die Haltung des Ministeriums ermächtigt uns zu der Hoffnung, daß es ähnliche Resultate im Auge habe.

7. Sitzung des krainischen Landtages

am 6. Dezember.

Anfang um halb 11 Uhr.

Dem Hause präsidiert der Herr Landeshauptmann Freiherr von Cobelli.

Seitens der Regierung anwesend: Se. Excellenz der Herr Statthalter Freiherr von Bach und der k. k. Herr Landesrath Roth.

Das Sitzungsprotokoll wird genehmigt. An der Tagesordnung steht obenan der Bericht des Komitees für die neue Gemeindeordnung und Gemeindevahlordnung.

Berichterstatter Baron Apfaltrer beginnt damit, daß sich das Komitee zunächst in der Ansicht, zur Verathung des ganzen bezüglichen Gesekentwurfes kompetent zu sein, geeinigt habe; daß jedoch in der weiteren Frage, ob es zweckdienlich sei, den Entwurf in seiner vollen Ausdehnung einer neuerlichen Verathung zu unterziehen, oder dieses lediglich in Bezug auf den §. 24 der Regierungsvorlage zu thun, da dieser allein in der vom

Landtage beschlossenen Fassung beanständet worden ist, die Ansichten der Komiteemitglieder derart getheilt waren, daß für die Beantwortung im letzteren Sinne nur eine Majorität von 5 Stimmen gegen 4 sich ergab. Während die Minorität mit Hinweis auf die Erfahrungen, welche in den benachbarten Kronländern über das dort bereits in Wirksamkeit getretene Gemeindegesetz gemacht worden sind, für ersprießlich hielt, an mehreren Partien des Gesetzes Aenderungen vorzunehmen und betonte, daß die Autonomie der Gemeinden durch den im Gesekentwurf vorgesehenen Organismus nicht gehörig gewahrt werde und daher eine neue Regierungsvorlage anzufertigen sei, — machte die Majorität geltend, daß die bisherigen in den vorhergehenden zwei Sessionen gepflogenen Verathungen des Gemeindegesetzes für deren Gründlichkeit vollkommene Beruhigung gewähren, und nichts veranlaßt worden sei, um jenes Gesetz insoweit den Bedürfnissen des Landes anzupassen, als es die Grenzen gestatten, welche die im Reichsgesetz vom 5. März 1862 enthaltenen und als Norm geltenden Grundzüge des Gemeindefwesens gezogen haben. Uebrigens seien die diesfalls in den Nachbarländern gemachten Erfahrungen nicht verläßlich, weil es sich nur dann erweisen lassen werde, ob das Gemeindegesetz entspreche, wenn die neue Organisation der Administrativ- und Justizbehörden durchgeführt sein wird und somit die Wechselbeziehungen sich erprobt haben werden, welche zwischen den Gemeinden und den neu zu kreirenden Behörden bestehen.

Auf Grund dessen geht der Majoritätsantrag vorerst dahin, der hohe Landtag wolle den im Komitee beobachteten Vorgang, wornach die Verathungen über das neue Gemeindegesetz auf den §. 24 und die bezügliche Angelobungsformel beschränkt wurden, guthießen.

Abg. Svetec bezeichnet vom Standpunkte der Minorität die von der Majorität des Komitees geltend gemachten Gründe für optimistisch und als bloße Opportunitätsrücksichten.

Er wolle nicht in Zweifel ziehen, daß der Landtag bemüht war, ein möglichst vollkommenes Werk zu leisten. Dennoch müsse gegeben werden, daß oft nachhinein bessere Ansichten und geläuterte Ideen zum Durchbruch kommen können, wie dieses selbst die neue Gesetzgebung mit ihren Nachtragsverordnungen lehre.

Ferner glaube er, daß man an dem vorliegenden Gesekentwurf Aenderungen im Interesse der Autonomie anbringen könne, ohne die vom Reichsgesetz vom 5. März 1862 bezeichneten Grenzen zu überschreiten. Auch habe die Regierung selbst seit der vorjährigen Verathung des Gemeindegesetzes einen andern Standpunkt eingenommen, einen Standpunkt, welcher der Dezentralisation und Autonomie günstig und daher nicht unbenützt zu lassen sei. Selbst die Einwendung, daß sich das in Frage stehende Gesetz erst nach Durchführung der neuen Organisation wird beurtheilen lassen, sei nicht stichhaltig, indem die Organisation höchstens auf den übertragenden Wirkungskreis der Gemeinden einen Einfluß üben könne.

Uebrigens wäre damit, daß mehrere Partien des Gemeindegesetzes in neuerliche Verathung gezogen werden würden, kein besonderer Zeitverlust verbunden, und es stehe nichts dagegen, daß für den Fall, als beantragte Aenderungen die allerhöchste Sanktion nicht erhalten würden, die Sanktion des vorliegenden Gesetzes angefochten werde.

Die Minorität glaube ihrer Pflicht nachzukommen, indem sie im Interesse des Landes der Autonomie das Wort spricht und ein entsprechendes Gesetz befürwortet.

Man erwäge die im Nachbarlande Steiermark mit dem bereits eingeführten neuen Gemeindegesetze gemachten Erfahrungen.

Man hat es als unzureichend gefunden und strebt daher, die fallen gelassene Idee der Bezirksgemeinden an. Auch sei nicht außer Acht zu lassen, daß eben die Regierungsvorlage über die neue Territorialeinteilung einen Anhaltspunkt zu weiterer Verathung des Gemeindegesetzes darbiete.

Se. Excellenz der Herr k. k. Statthalter empfiehlt die Annahme des Majoritätsantrages.

Die Regierungsvorlage sei in dem Sinne vorgebracht worden, daß mit Befassung des nicht beanstandeten Theiles des Gemeindegesetzes lediglich der §. 24 des Gemeindegesetzes und der angehängten Angelobungsformel mit der Regierungsfassung in Einklang gebracht werde. Die Abweichung sei die bekannte, und die Regierung habe bereits erklärt, daß durch die allgemeine Beziehung auf die bestehenden Gesetze in der Angelobung des Gemeindevorstandes auch die Verfassungsgeetze mitverstanden sind und daß die Angelobungsformel auch in dem Gemeindegesetze für die übrigen Länder

nach der Fassung der Regierung aufgenommen sei. Wenn nun der hohe Landtag geneigt sei, bei Beibehaltung der anderen Gesetzartikel, welche bereits in früheren Sessio- nen überprüft und angenommen, auch von der Regierung nicht beanstandet wurden, auch den §. 24 nach der Regie- rungsfassung anzunehmen, so sei das Zustandekommen des Gemeindegesetzes gesichert und könne die allerhöchste Sanction sogleich erwirkt werden.

Was das Minoritätsgutachten anbelangt, wornach das Prinzip der Gemeinde-Autonomie nicht gehörig ge- wahrt sei, bemerken Se. Excellenz, daß diese Autonomie im vorliegenden Gemeindegesetze vielmehr in ihrer ganzen Konsequenz und Schärfe durchgeführt sei.

Der selbständige Wirkungskreis, d. i. derjenige, in dem die Gemeinde innerhalb der bestehenden Gesetze mit freier Selbstbestimmung anordnet und verfügt, sei liberal ausgestattet und nur durch die bestehenden Gesetze beschränkt. Die Regierung habe sich jeder Entscheidungs- kompetenz im selbständigen Wirkungskreise begeben, und es gehe die Berufung gegen Beschlüsse des Gemeinde- Ausschusses im selbständigen Wirkungskreise an den Landesausschuß.

Eine Ausnahme mache nur das Strafrecht, das im übertragenen Wirkungskreise geübt werde, weil es ein Ausfluß des Souveränitäts-Rechtes ist.

Die Konstituierung der Gemeinde gehe auf freier Grundlage vor sich. Mehrere Gemeinden können sich zu einer einzigen konstituieren; es ist zulässig, daß sich mehrere Gemeinden im selbständigen und im übertra- genen Wirkungskreise zur gemeinschaftlichen Geschäfts- führung vereinigen, es ist auch die Trennung einer ver- einigten Gemeinde möglich.

Die Gemeinden wählen frei ihre Vorstände, ihre Verathungen sind öffentlich, sie genießen eine freie Ge- barung in ihren Angelegenheiten.

Das Aufsichtsrecht der Regierung beschränke sich dahin, daß die Gemeinden ihren Wirkungskreis nicht überschreiten und daß sie nicht gegen die Gesetze vor- gehen. Beschlüssen dieser Art werde die Vollziehung unterjagt.

Uebergend auf den zweiten Theil des Minoritäts- Gutachtens — wornach eine Regierungsvorlage ange- strebt und durch welche das Prinzip der Autonomie in der ganzen Gliederung der politischen Verwaltung ge- sichert werde — bemerken Se. Excellenz, daß nach der Ausführung des Herrn Vorredners hiebei beabsichtigt werden dürfte, zwischen den Gemeinden und dem Land- tage ein Mittelglied zu setzen und sohin eine neue Körper- schaft mit autonomen Befugnissen zu schaffen.

Dieses Mittelglied, unter dem Namen Bezirks- Vertretung, sei nach dem Gesetze vom 5. März 1865 allerdings zulässig, jedoch habe sich der Landtag in einer früheren Session gegen Einführung derselben, als nach den Landesverhältnissen nicht nöthig und dem Lande neue Lasten verursachend, ausgesprochen. Wenn auch diese Ablehnung keinen Grund abgebe, um nicht neuerlich auf jenen Gegenstand zurückzukommen, so müsse doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß nach dem Wortlaute des jetzt geäußerten Wunsches, „daß die Autonomie in der ganzen Gliederung der politischen Verwaltung durch- geführt werde,“ ein mehr ausgedehnter Wirkungskreis für die eventuelle Bezirksvertretung gewünscht werde, als diese in dem Gesetze vom 5. März 1865 vorgesehen ist. Nach diesem Gesetze gehören nämlich in den Wirkungs- kreis der Bezirksgemeinden alle inneren, die gemein- samen Interessen des Bezirkes umfassenden Angelegen- heiten, zu welchen durch Landesgesetz noch hinzugefügt werden kann; die Ueberwachung, daß das Stammgut und das Stammvermögen der Gemeinde nicht geschmä- lert werden, die Bestätigung wichtiger, insbesondere den Haushalt der Gemeinden berührender Gemeindeakte, der Entscheidung über Berufungen gegen die Beschlüsse des Gemeindeausschusses in Gegenständen des selbständigen Wirkungskreises. Von den Antragstellern werde offenbar ein erweiterter Wirkungskreis erwartet, ein Wirkungs- kreis, ausgestattet mit der Gestalt der dermaligen poli- tischen Behörden.

Ob die Regierung geneigt sei, zu einem solchen Wirkungskreise der eventuellen Bezirksvertretung ihre Zustimmung zu geben, dazu sei der Herr Statthalter keine Erklärung zu geben ermächtigt und er werde darum den Gegenstand nicht näher erörtern. Aber auch wenn eventuell eine Bezirksvertretung ins Leben treten sollte, sei das Zustandekommen des Gemeindegesetzes nicht aus- zusetzen, eine Bezirksvertretung sei unmöglich ohne ein geordnetes Gemeindeleben und zu einem solchen sei es nöthig, daß ein lebenskräftiges Gemeindegesetz endlich in praktische Wirksamkeit komme. Er müsse also auch von diesem Gesichtspunkte aus die Annahme des Ge- meindegesetzes angelegentlichst empfehlen.

Abg. Dr. Toman schließt sich im Grundsatz den Ansichten des Abg. Svetec an und übergeht zur Be- sprechung des Wesens der Autonomie, indem er auf die freie Gemeinde als die Grundlage des freien Staates aufmerksam macht.

Die kundgegebenen Intentionen der gegenwärtigen Regierung berechtigen zur Annahme, daß die Autonomie in voller Ausdehnung zur Geltung kommen werde, und es erscheine daher angemessen, daß auch der hohe Land- tag jenes Prinzip eigen mache. Die Autonomie habe übrigens die große Wichtigkeit, daß sie zur Lösung der

zwischen den Ländern dies- und jenseits der Leitha ob- schwebenden staatsrechtlichen Frage am sichersten führt, indem eben durch dieselbe die Verfassungsunterschiede den natürlichsten Ausgleich finden.

Die wünschenswerthe Autonomie der eventuellen Bezirksvertretungen schwebt ihm in den ungarischen Ko- mitaten vor, über welche die Regierung nur als oberste Aufsicht und Gewalt stehen soll, damit die Wirksamkeit der Bezirksvertretung nicht eine dem Staate nachtheilige Richtung einschlage. Für die Uebernahme der Admini- strativgeschäfte soll das Land aus dem Staatschatz das nöthige Einkommen erhalten.

Abg. Kromer befreit zwar die Berechtigung des Hauses zur neuerlichen Verathung des Gemeindegesetzes nicht, hält es jedoch nicht für zeitgemäß. Man soll nicht ein drittes Mal dasselbe Werk beginnen und sich der Gefahr aussetzen, daß es nochmals verworfen werde. Waren die früheren Verathungen gründlich, so sei eine neuerliche Verathung des Gemeindegesetzes in seiner ganzen Ausdehnung oder in einzelnen Partien nicht noth- wendig. Waren sie es nicht, und erkläre man dies, so ist dieses eine Anklage, die der Redner als ungegründet zurückweisen müsse.

Abg. Dr. Supan unterstützt den Majoritätsantrag mit der Begründung, daß die gegenwärtige Regierung das Reichsgesetz vom 5. März 1862 beibehalten habe, weshalb anzunehmen sei, daß dieselbe die in jenem Ge- setze enthaltenen Normen für die ihrigen anerkennt und daher eine neuerliche abweichende Behandlung des Ge- meindegesetzes auf Erfolg nicht zu rechnen haben dürfe.

Abg. Dr. Costa glaubt mit Rücksicht auf das Programm der neuen Regierung, welches auf Dezen- tralisation und Autonomie laute, daß es ein günstiger Zeitpunkt sei, um eine freie Bewegung der Gemeinde anzustreben.

Abgesehen von Abänderungen des Gemeindegesetzes, die nach dem mehrzitierten Reichsgesetze möglich sind, handle es sich jedoch vorzüglich um die Bezirksvertre- tungen, die ins Leben zu rufen wären und die bei der Redigirung des Gemeindegesetzes im Auge zu behal- ten seien. Die Vorfrage betreffend die Bezirks-Ver- tretungen müsse vor Allem erörtert werden. Wenn keine andere Aenderung des Gesetzes zulässig wäre, so sei es wenigstens die, welche jene Vorfrage erfordert. Redner ist dennoch für den Minoritätsantrag.

Nachdem Abg. Svetec für jenen Antrag noch einmal das Wort genommen hat, vertheilt der Be- richterstatter Baron Apfaltrern mit Zusammenfassung aller Gegenreden in langer Ausführung den Majoritäts- antrag, welcher namentlich in der Opportunität gipfle, daß endlich ein Gemeindegesetz für Krain zur Anba- nung eines geordneten Gemeindelebens zu Stande komme, wobei er insbesondere den von der Minorität gestellten Alternativantrag, wornach Abänderungen des Gesetzes anzustreben und für den Fall der Erfolglosig- keit die allerhöchste Sanction für den vorliegenden Ent- wurf anzufuchen wäre, als einen Vorgang bezeichnet, welcher der Würde eines legislativen Körpers nicht an- gemessen wäre. Wenn eine Bezirksvertretung für zweck- mäßig erachtet werde, so stehe es frei, einen derlei An- trag einzubringen.

Der Antrag der Majorität des Gemeindegesetz-Ko- mittee's wurde bei namentlicher Abstimmung mit einer Stimmenzahl von 19 gegen 13 angenommen.

Bescheiden der Schlußantrag desselben Auschuf- ses, daß der §. 24 des Gemeindegesetzes, sowie die ein- schlägige Angelobungsformel in der Regierungsabfassung, dann die bezügliche Regierungsvorlage in ihrer Gänge angenommen und für die Redaktion und slovenische Textirung derselben ein Ausschuß von fünf Mitgliedern eingesetzt werde.

In dieses Komitee werden die Abgeordneten Sve- tec, Dechant Loman, Dr. Bleiweis, Koren und Kos- mann gewählt.

Endlich als Schriftführer werden die Abgeordneten Guttman und Svetec ernannt.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung wer- den vertagt.

Schluß der Sitzung um halb 2 Uhr.

Nächste Sitzung Samstag.

Tagesordnung: die nicht zur Behandlung gelang- ten Gegenstände der heutigen Tagesordnung, dann der Ausschlußantrag wegen der Rückwirkungen des Septem- berpatentes.

Oesterreich.

Wien, 4. Dezember. Die französische Regierung hat soeben dem hiesigen Kabinet ihren Dank ausdrücken lassen, daß man hier so bereitwillig auf die Beschickung einer Cholera-Kommission in Konstantinopel eingegangen ist. Französischerseits werde man hierzu einen Diplo- maten entsenden, und zwar den Grafen Salemagne, der früher längere Zeit Legationssekretär in Konstantinopel war; Oesterreich wird durch ein Mitglied der Inter- nuntiat und nebstdem wahrscheinlich durch den dortigen Gesandtschafts-Arzt vertreten sein. (Frdblt.)

Lemberg, 2. Dezember. Die Geschäftsordnung droht auch für den galizischen Landtag verhängnißvoll zu werden. Da der jetzt zur provisorischen Annahme vorgelegte, von Dr. Smolka ausgearbeitete Entwurf die Bestimmung nicht enthält, welche die Geschäftssprache

des Landtages sein soll, das ruthenische Mitglied des Landesausschusses, Pawrowski, jedoch nach der Ansicht der Polen zu weit gegangen war, indem derselbe die bloß für die Diskussion gleichberechtigte ruthenische Sprache als Berichterstatter zur parlamentarischen Erhöhung: so hatte dieser Vorgang gleich unmittelbar einen Protest der „Gazeta narodowa“ hervorgerufen, und die stürmische Sitzung vom 30. zeigt, daß sie hiemit nur dem polni- schen Gedanken Ausdruck gegeben. Graf Borkowski eröff- nete den Kampf mit der Erklärung, daß es des Land- tages unwürdig sei, durch ein furchtbares Umgehen der Sprachenfrage den Frieden zu erkaufen. Er müsse daher verlangen, daß die Geschäftsordnung ausdrücklich die Bestimmung enthalte: die polnische allein sei die offi- zielle Sprache des Landtages. Zu gleichem Sinne sprachen sich auch Skrzynski und Graf Adam Potocki aus, Ersterer mit Berufung auf die Wiener Verträge, der Zweite unter Geltendmachung, daß der Landtag als moralische Person nach Außen nur Einer Sprache sich bedienen könne. Bei solchen Bestrebungen, welche nicht so sehr einen parlamentarischen Vortheil, als vielmehr die Herr- schaft des Polonismus in Galien überhaupt zum Zwecke haben, ist es natürlich, daß die Wortführer der Ruthe- nen in energischer Weise gegen die von den Polen be- liebte Interpretation der nationalen Gleichberechtigung Einsprache erhoben, indem sie den Satzungen des histo- rischen Rechtes und der Wiener Verträge die wiederholten Gewährleistungen Oesterreichs entgegenstellten. Die Ab- wehr trug allerdings das Gepräge der Erbitterung und Gereiztheit; doch die Ruthenen scheinen eben die ganze Ungunst ihrer Lage zu fühlen, da ihnen nicht die glei- chen geistigen Mittel wie den Polen zu Gebote stehen und sie doch, aufgeschreckt durch das zuversichtliche Auf- treten der Polen in einer Frage, die für die Ruthenen eine Lebensfrage ist, zum Aufgebote aller ihrer Kräfte sich nothgedrungen sehen. Ihr Unwille erreichte den höch- sten Grad, und sie wollten schon den Saal verlassen, als Graf Borkowski unter dem Vorgeben, seine miß- verstandenen Aeußerungen zu verdeutlichen, sich in so extravagante historisch-politische Deduktionen verlor, daß er schließlich den Ruthenismus gegenüber den Polen auf eine gleiche Linie mit der Nationalität stellte, welche der Wiener „Hans-Börgel“ unter den Deutschen reprä- sentirt. Dabei hielt es selbst Dr. Smolka nicht für ge- rathen, überhaupt eine Ansicht auszusprechen, nur erklär- er, die Ursache weshalb die Sprachenfrage in der Ge- schäftsordnung unberührt geblieben, erst bei der Spe- zialdebatte angehen zu wollen. „Gzas“ und „Gazeta narodowa“ tabeln zwar den Theil der Rede Borkow- ski's wo er zu weit in die alte Geschichte und das alte Recht Polens zurückgegriffen, aber in Ganzen finden sie doch seine Ausführungen ganz vorzüglich. Dann wollen diese Organe nichts Anderes sagen, als daß sie im Grunde herzlich froh sind, daß sich ein entschlossener Mann gefunden, welcher dem Ruthenismus mit offenem Visir entgegen tritt. „Haslo“ übernimmt dagegen die Rolle des Vermittlers. Es geißelt mit scharfen Worten die polnischen Friedensstörer und beklagt die versuchte Vergewaltigung der Ruthenen, denen Niemand das Recht habe, eine andere Nationalität aufzudisputiren, wenn sie sich selbst als Ruthenen fühlen. Doch kaum dürfte diese Stimme unter den Polen viel Anklang finden.

Agram, 5. Dezember. Im „Volksfreund“ vom 3. d. lesen wir Folgendes: Im Laufe des heutigen Vormittags hatte Se. Eminenz eine längere Bespre- chung mit dem Vize-Hofkanzler Jellacic und mit Baron Dzegovic. Daß Kardinal Haulik ad audiendum ver- bum regium berufen worden sei, ist eine müßige und widersinnige Ausstreunung, ebenso ist an den Rücktritt des Vanus, wovon gleichfalls zu lesen war, nicht zu denken. Se. Majestät hat beide hohe Würdenträger an sein Hoflager berufen, um ihren Rath in der kroatischen Landtags-Angelegenheit entgegenzunehmen. Die beson- dere Audienz, in der sie empfangen werden, ist für heute Nachmittags 2 Uhr angesetzt. Eine Auflösung des Land- tages, der in seiner Majorität eine ebenso gemäßigte, als loyale Haltung beobachtet, steht nicht in Aussicht. Das Programm der Antifusionisten, das sowohl die Autonomie des Landes, als die Machtstellung des Kö- nigs im Auge hat, scheint den Beifall der Regierung zu haben. Die Gegenpartei, deren Abgeordnete als solche bekanntlich eine Audienz nicht erlangen und zu erlangen keine Aussicht haben, wird mit ihrer Beschwerde, von deren Grundlosigkeit die Regierung überzeugt sein soll, an den Landtag selbst verwiesen werden. Die Land- tags-Majorität soll fest entschlossen sein, den Landtag zu verlassen, falls von der Regierungsseite Eingriffe in die Landtags-Geschäftsordnung gemacht würden.

Ausland.

Turin, 2. Dezember. Ich habe Ihnen heute etwas von besonderer Wichtigkeit mitzutheilen. Es dürfte nämlich, wie ich aus bester Quelle erfahre, die neue- stens so oft angekündigte und wieder dementirte Heirat des Kronprinzen Humbert (nicht des Prinzen Amadeus) mit der russischen Prinzessin Marie von Leuchtenberg denn doch, und zwar schon in Kürze, zur Thatsache werden, worauf denn das junge Ehepaar seinen blei- benden Sitz vorläufig in Neapel aufschlagen werde, wo indessen die Großfürstin von Rußland, Mutter der Braut, die prächtige Villa Demidoff angekauft hatte. Man

erzählt sich hier, daß die Tochter Maximilians von Leuchtenberg ihrem königlichen Gemal eine Mitgift von einer und einer halben Million Franken jährlicher Rente zubringe und daß ihr künftiger Schwiegervater, der sich in permanenter Geldnoth befindet, darüber entzückt sei, daß die von ihm im Schweiße seines Angesichtes gehabten Mühen, den eigenen Thronerben unter die Haube zu bringen, nach so vielen mißglückten Versuchen endlich einmal von Erfolg gekrönt worden seien. Der König soll mit dem Hause voné bereits eine Anleihe von drei Millionen kontrahirt haben, um die Kosten der mit größtem Pomp zu feiernden Hochzeitsfestlichkeiten decken zu können. In offiziellen Kreisen ist im Augenblicke die Parole ausgeheilt worden, daß diese neue Kombination auf dem Gebiete politischer Heiraten ganz im Sinne Kaiser Napoleons erfolgt sei und seinen ganzen Beifall für sich habe.

Madrid, 4. Dezember. In Folge der Haltung der Großmächte in dem chilenischen Konflikt wurde Admiral Pareja in neuen Instruktionen angewiesen, gegen die Neutralen möglichst Rücksicht zu beobachten.

Mexiko, 9. November. Die Stadt Matamoros war von einer Bande Abenteurer unter Anführung eines gewissen Escobedo bedroht worden. Die Fregatte „Magellan“ und die Aviso „Tartan“ und „Adonis“ waren demzufolge am 1. November von Vera-Cruz nach der Mündung des Rio Grande abgegangen. Am 26. Oktober hatte General Mejia, der in Matamoros kommandirt, beträchtliche Vorthelle über die Angreifenden davon getragen, und da Escobedo nicht seine Angriffe erneuert hatte, glaubte man seine Unternehmung als gescheitert betrachten zu müssen. — Die Nachrichten aus Matamoros vom 8. November konstatiren, daß die Insurgenten die Belagerung dieses Platzes aufgegeben, und daß sie sich auf verschiedenen Wegen zerstreut haben, indem sie fünf Meilen weit von den Kaiserlichen verfolgt wurden, die ihnen große Verluste zugefügt haben. Die Generale Penza und Gallenda sind getödtet worden. Die Chefs Cortinas, Jimjosa und Garza wurden verwundet. — Die Kaiserin war am 6. November von Mexiko abgereist und Abends in Puebla eingetroffen. Sie beabsichtigt, in dieser Stadt, sowie in Orizaba und Cordova sich einige Zeit aufzuhalten. Ihr offizieller Einzug in Vera-Cruz war für den 13. November angemeldet.

Tagesneuigkeiten.

Die Gemeinde Smržitz hat Se. Excellenz den Herrn Staatsminister Grafen Belcredi, den Grafen Egbert Belcredi und den Abgeordneten Ignaz Wurm zu Ehrenbürgern ernannt.

Am 4. d. Mittags 12 Uhr fand im reichdecorirten Hofsaale des Professors Skoda im allgemeinen Krankenhause in Wien eine seltene Feierlichkeit statt, nämlich die Enthüllungsfeier des von Amerling gemalten Bildes des Herrn Professors Arlt, eine Widmung der Studenten der Medizin. Unter Anwesenheit fast sämtlicher Professoren der medizinischen Fakultät und zahlreicher Studenten, welche den Gefeierten mit lautem Hoch begrüßten, hielt Stud. Med. Herr Adler im Namen seiner Kollegen eine Rede, in welcher er neben der Größe, als Augenarzt, besonders die Humanität des Gefeierten hervorhob, mit welcher er seine Schüler und alle Jene behandelt, die Hilfe bei ihm suchen, und mit welcher er sich an die Spitze eines jeden akademischen Vereins stellte. Nach ihm beglückwünschten der Assistent der Augenklinik Dr. Nischl im Namen seiner Mit-Assistenten, und Elektro-Therapeut Dr. Benedikt im Namen der praktischen Aerzte den Gefeierten. Tief bewegt ergriff letzterer hierauf das Wort und, dankend für die ihm gebrachte Ovation, gab er allen Studenten, die bald ins praktische Leben übergehen, als Kompaß ihres Lebens den Rath der Strenge gegen sich selbst, der Milde und Humanität gegen Hilfsbedürftige und der Gerechtigkeit gegen ihre Standesgenossen. Unter herzlichen Glückwünschen schloß die Feier.

— Im Wiener Hofoper-Theater hat eine Oper von Langert: „Des Sängers Fluch“ (der Text ist nach der Uhländ'schen Ballade bearbeitet) Fiasco gemacht. „Versunken und vergessen, das ist des Sängers Fluch.“

— Ein Deputirter zum ungarischen Landtag kam Geschäfte halber auf einen Tag nach Wien und wurde von einem Bankier gefragt, was von dem ungarischen Landtage zu hoffen oder zu fürchten sei? Der ungarische Volksvertreter drehte seinen Schnurbart und resumirte seine Ansicht in folgenden gewiß höchst bezeichnenden Worten: „Ezabatta! Gibt man in Wien nach, dann ist Ausgleich mit Landtag — gibt man in Wien nicht nach, dann ist gleich aus mit Landtag!“

— Dem in der Reichshauptstadt Wien ins Leben getretenen ersten allgemeinen Beamten-Verein der österreichischen Monarchie, welcher bereits über 6000 Mitglieder zählt und in den Städten außerhalb Wien durch Lokal-Ausschüsse oder Filialen vertreten wird, sind in neuester Zeit in Ugram aus dem Zivil-, Militär- und Privatbeamtenstande über 80 Mitglieder beigetreten.

— Aus Reichenberg, 3. Dez. wird geschrieben: Auf dem hiesigen Bahnhofe wurden gestern durch den Zusammenstoß zweier Züge der Südnorddeutschen Verbindungsbahn sechs Waggon gänzlich zertrümmert und vier Wagen, sowie die beiden Lokomotiven stark

beschädigt. Nach den bereits vorgenommenen Erhebungen trifft keinen Bahnbediensteten aus diesem Anlasse ein Verschulden.

— Die „Gr. Abdpst.“ vom 4. d. schreibt: Daß der „Niagara-Mann“ Blondin auch hier sich zugkräftig erweisen werde, war vorausgesehen. Vorgestern und gestern war das Thalia-Theater in ganz ungewöhnlicher Weise in allen Räumen überfüllt, um den Wundermann zu sehen. Blondin leistet in der That Erstaunliches, und mehr Grauen als Bewunderung erregt seine Seilpromenade mit verbundenen Augen und im Sack stehend. Die Tänze auf der hassen corde werden mit seltener Sicherheit und Präzision ausgeführt. Der Applaus war an jedem Abende stürmisch.

— Am 2. d. Abends etwa 10 Minuten nach 10 Uhr verspürte man in St. Radegund eine Erdrerschütterung, die von Südwest gegen Nordost sich undulirend fortzupflanzen schien. Der Stoß war so stark, daß Möbel in Bewegung geriethen, die Fenster klirrten und Leute aus dem Schlafe geweckt wurden. Die Dauer der Bewegung kann kaum mehr als eine Sekunde gedauert haben.

— Wie die „H. Börse“ berichtet, ist am 28ten v. M. der emeritirte hamburgische Archivar Dr. Lappenberg, ein namhafter Historiker, gestorben.

— In Paris erscheint ein die gesamt slavischen Interessen vertretendes Journal unter dem Namen „Confederation.“

Lokalbericht und Korrespondenzen.

Die Gesangsprobe des Männerchors der philharmonischen Gesellschaft findet morgen schon um 7 Uhr Abends statt.

— Am 3. d. Nachts verunglückte der Bahnwärter an der Eisenbahnstation Raket. Es hatte eben der Lastenzug die genannte Station passiert, als eine Vorspannmaschine dahergebraust kam, den Wächter, der vermutlich an der Stelle der Weiche postirt war, erfaßte und demselben den Kopf abriß. — Am nämlichen Tage fand auch ein Militärmlauber, der Neffe des verunglückten Wächters, den Tod; als beim Ausladen von Langhölzern, welche in größerer Höhe aufgeschichtet waren, einige derselben von der Höhe herunter rollten, wurde der als Handlanger dabei beschäftigte gewesene Umlauber davon erfaßt, zu Boden geworfen und ihm dabei die Hirnschale zertrümmert.

— Gestern Morgens fand in der Station Franzdorf ein Zusammenstoß von Lastenzügen statt, wobei Waggon, nicht aber Menschen Schaden erlitten. Die Verschlebung einiger Lastenwaggon soll die Veranlassung zu dem Unfalle gegeben haben.

— Vor einigen Tagen wurde in Oberlaibach ein Einbruch in die hiesige Versteigerung in namhafter Summe (147 Thaler) entwendet wurde. Der Thäter soll gestern in Laibach eruiert und angehalten worden sein.

Aus der Gemeinderathsitzung vom 5. d. M.

Nach Vorlesung des Protokolls der letzten Sitzung, welches genehmigt wird, bringt der Herr Bürgermeister dem Gemeinderathe ein Schreiben Sr. Excellenz des Oberstallmeisters Grafen Gräne zur Kenntniß, laut welchem Se. k. k. Apostolische Majestät über die von der Stadtgemeinde für die Ueberlassung des Gutes Livoli am allerb. Throne niedergelegte Dankagung sich allergnädigst dahin zu äußern geruhte, daß es Allerhöchstdenselben freue, daß der Stadtgemeinde Laibach durch die Ueberlassung des genannten Gutes ein Gefallen erwiesen worden sei. Weiters theilt der Herr Bürgermeister mit ein Dankschreiben Sr. Excellenz des ehemaligen Verwaltungsministers Ritter v. Laffer für die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes, so wie den Präsidialerlaß, laut welchem Se. Excellenz der Statthalter Freiherr v. Bach die Leitung der Landesregierung übernommen hat. Der Herr Bürgermeister beantwortet ferner eine von Dr. Bleiweis in einer der früheren Sitzungen gestellte Interpellation in Betreff des Schotterbezuges dahin, daß allerdings Unregelmäßigkeiten im Schotterbezug stattgefunden haben, daß er jedoch für die Zukunft die nöthige Vorsorge zur Beseitigung derselben treffen werde.

Sofort wird zu den Gegenständen der Tagesordnung übergegangen, und es werden ausnahmsweise die Vorträge der Bauktion zuerst vorgenommen.

GN. Bürger, im Namen dieser Sektion, referirt über den Neubau der sogenannten Schusterbrücke. Er bringt vorerst das Offert der k. k. Auerperg'schen Eisfabrik in Hof zur Kenntniß der Versammlung und erläutert das diesfällige, vom Oberingenieur Hermann entworfene Projekt, welches in einer Konstruktion aus Gußeisen besteht, die auf zwei Pfeilern mit Beton- und Quader-Unterbau, mit 16 Mastern Spannweite, ruhen wird. Der Referent gibt dem Systeme, nach welchem die neue Brücke gebaut werden soll, den Vorzug vor den früheren prämiirten Brückenprojekten und weist insbesondere darauf hin, daß eine nach dem nämlichen Systeme in Wien (Vorstadt Sechshaus) gebaute Brücke sich als vorzüglich bewährt hat; derselbe stellt im Namen der Bauktion den Antrag, daß das Offert anzunehmen sei und sofort der Neubau der Brücke der Eisfabrik Gustav Tönies unter solidarischer Haftung gegen den Pauschalbetrag von 29.500 fl., wovon der Betrag von 8500 fl. sogleich nach der Brückenprobe, der übrige Betrag aber in sieben gleichen vierteljährigen Raten zu bezahlen sein wird, überlassen werde. Die Vollendung des Neubaus steht bis Ende Juli 1866 in Aussicht.

Nach einer eindringlichen Debatte, an der sich die GN. Mallisch, Stedry, Dr. v. Kaltenegger, Dr. Mitteis, Horat, Dr. Schöppel, Debruz, Blasnik und Auer betheili-

gen und wobei vorzugsweise die vom GN. Stedry aufgeworfene Frage, ob nicht das Gewicht der Eisenbestandtheile zu bestimmen sei, dann die vom GN. Dr. v. Kaltenegger angeregte Frage, ob nicht bezüglich an die Brücke anstoßender Häuser eine vorläufige Verhandlung einzuleiten sei, in Erörterung gezogen wurden, wird der Antrag der Bauktion mit Rücksicht auf die vom Referenten und dem Bürgermeister an die Hand gegebenen beruhigenden Aufklärungen einhellig angenommen. Zugleich wird über Anregung des Bürgermeisters beschloffen, daß die neue Brücke zu Ehren des ehemaligen verdienstvollen Bürgermeisters Gradetzky den Namen „Gradetzky-Brücke“ bekommen solle.

GN. Bürger referirt ferner über die Affordirung der nächstjährigen Pflasterungsarbeiten, und es werden nach dem Sektionsantrage die Kugelpflasterung dem Franz Peterja und die Trottoirpflasterungen den Unternehmern Valentin Perlovek und Anton Schniderich um den bereits affordirten Preis überlassen.

GN. Stedry, im Namen der Bauktion, referirt über die Ausfolgung einer Kautio an den Franz Peterja, und es wird die Ausfolgung bewilligt. Ueber Antrag derselben werden ferner drei Bauholzrechnungen des Holzhändlers Tauscher im Betrage von 1244 fl. 52 kr., so wie die Bauherstellungskosten für die Straße hinter dem Schloßberge, welche nach Abzug der Kautio 944 fl. 10 kr. ausmachen, zu Gunsten des Bauunternehmers Bodnik liquid befunden, und es wird der Magistrat zur Auszahlung dieser Verdienstsummen ermächtigt. Ebenso wird über Antrag der Bauktion das Erforderniß für die nächstjährigen Schotterlieferungen mit 2061 fl. bestimmt und bewilligt.

GN. Dr. v. Kaltenegger, im Namen der Sektion, referirt über die Realschulrechnung pro 1864, und es wird diese Rechnung in der Einnahme mit 920 fl. 49 kr. und in der Ausgabe mit 828 fl. 27 kr., sohin mit dem Kassenreste von 92 fl. 22 kr. mit dem genehmigt, daß mehrere in der Rechnung vorkommende Auslagen im Gesamtbetrage von 22 fl. 31 kr. in die Rechnung pro 1865 zu übertragen sind.

GN. Dr. v. Kaltenegger im Namen der Lokalpolizeisektion referirt ferner über die Remuneration des Wajenmeisters für das Einfangen der Hunde und stellt, nach einer ausführlichen historischen Darstellung des Entstehens der Wajenmeisterei in Laibach, den Antrag auf Genehmigung des von der Sektion entworfenen und vom Wajenmeister Joras bereits akzeptirten Vertragsentwurfes, nach welchem Joras vom 1. Jänner 1866 an gegen bestimmte Verpflichtungen, wovon jene der regelmäßigen dreimaligen Streifung in jeder Woche mit zwei Knechten und mit Benützung des vom Wajenmeister beizuschaffenden Hundekarrens die wesentlichste ist, eine Remuneration mit jährlichen 200 fl. erhalten soll. Der Antrag wird anstandslos angenommen.

Schließlich referirt GN. Dr. Schöppel im Namen der Finanzsektion über mehrere Aufklärungen, die der Magistrat über einzelne bei Gelegenheit der Feststellung des Präliminars pro 1865 hervorgehobene Punkte zu erstatten hatte, und es wird der Antrag der Finanzsektion, diese Aufklärungen bloß zur Kenntniß zu nehmen, angenommen.

Aus den Landtagen.

Prag, 4. Dezember. In der heutigen Sitzung war Fürst Karlos Auerperg anwesend. — Vom Abg. Taschel wurde ein Antrag bezüglich der Aufnahme von gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des Fischereirechtes eingebracht. — Der Landesausschuß wird vom Landtage beauftragt, baldigst mit der Regierung Verhandlungen wegen Errichtung eines Thierarzneieinstitutes in Prag aufzunehmen. — Zum unbefoldeten Direktor der Landeshypothekenbank wird Urbanek gewählt. — Morgen findet die zweite Sitzung der Adresskommission statt.

Linz, 4. Dezember. Die heutigen Verhandlungen beschäftigten sich mit Gegenständen lokaler Natur, über Foderzeugung in der Landesbadeanstalt in Hall, Linzer Museum etc. — Nächsten Mittwoch beginnt die Verhandlung über den Antrag bezüglich des Septemberpatents.

Salzburg, 4. Dezember. Der Landtag beschließt über Antrag des Abg. Steinhäuser, den ständigen Ausschuß zu beauftragen, über die Kostenbestreitung der Grenzsperrre und Bewachung der Grenze aus Anlaß der Thierseuche Erhebungen zu pflegen und in der nächsten Session wegen Regelung dieser Angelegenheit Anträge zu stellen. — Ferner: An das Staatsministerium das Ersuchen zu stellen um Ausarbeitung eines Reichsgesetzes, betreffend die grundsätzlichen Bestimmungen über die Kommissation und die Einbringung dieses Gesetzes bei der nächsten Session des Reichsrathes. — Bezüglich der Entschädigungsfrage der Realgewerbebesitzer wird der Antrag des Abg. Diehl, es sei durch Vorlage der Erhebungsakten an den Reichsrath die Ausarbeitung eines Entschädigungsgesetzes anzustreben, angenommen. Schließlich wurde die obligatorische Einführung des Turnunterrichtes an den Präparandenschulen beschloffen.

Salzburg, 5. Dezember. Zwei Berichte des Landesausschusses, betreffend das Straßenkonkurrenzgesetz, werden in einer der nächsten Sitzungen zur Verhandlung gelangen. Bezüglich des Antrages des Landes-Ausschusses wegen Subventionirung freiwilliger Feuerwehren wird beschloffen, bis zur nächsten Landtagsession Erhebungen zu pflegen, ob und unter welchen Bedingungen von Brandversicherungsgesellschaften Beiträge für die Feuerwehren geleistet werden.

Innsbruck, 5. Dezember. Das Gutachten des Landesauschusses über die Viehzuchtprämien, dann über Abänderung der Landtagswahlordnung, so wie über Abänderung der Bestimmungen über die Vertretung der Universität am Landtage wurde zwei Komitees zur Vorberatung zugewiesen. Eine Interpellation wurde gestellt bezüglich des Zustandes der Landesverteidigung in Welsch-Tirol.

Klagenfurt, 5. Dezember. Der Landesauschuss berichtet über den Bau einer Irrenanstalt und stellt den Antrag: Der Landesauschuss werde beauftragt, in der nächsten Session darüber Anträge zu stellen. (Wird angenommen.) Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Adressdebatte.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 7. Dezember. Landtag. Die Majoritätsadresse wurde en bloc angenommen. — In Brünn ist Biskra's Resolution abgelehnt worden. — In Klausenburg wurde Zeyks Adresse für Wiederherstellung der Rechtskontinuität und Einberufung der Siebenbürger nach Pest angenommen. — Die „Abendpost“ dementiert, daß Belcredi das Polizeiministerium abgebe.

Lemberg, 5. Dezember. In Rohatyn wurde von Seite der Landgemeinden Schulrath Kulczycki aus Lemberg zum Landtagsabgeordneten gewählt.

Pest, 5. Dezember. Bis heute Mittags waren 185 Landtagswahlen bekannt. In Körmen wurde Joseph Szell gewählt.

Arad, 5. Dezember. Im Arader Komitat haben gestern folgende Wahlen für den ungarischen Landtag stattgefunden. In Kisjenő: Baron Simonyi mit Akklamation; in Szentanna: Varga; die Ungarn und Deutschen haben sich der Abstimmung enthalten; in Bilagos: Anton Mocsonyi; in Radna: Vessan Popovits; in Pecskla: Hoffsekretär Joanesku; sämtliche Deutsche und der größte Theil der Ungarn haben sich der Abstimmung enthalten; in Buthyn: Sigmund Popovits. (In sämtlichen Wahlbezirken wurde ungarischerseits Protest eingelegt.)

Kiel, 5. Dezember. Das „Holsteinische Verordnungsblatt“ meldet, der Zivilingenieur Kröhnke habe die Erlaubnis zu den Nivellementsarbeiten für die projektierte Kopenhagen-Hamburger Eisenbahnlinie auf dem Terrain Neustadt-Oldenburg, Heiligenhafen, Femarfund erhalten. — Laut einer Vereinbarung mit der dänischen Postverwaltung wird eine tägliche Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Kiel und Rorör nächstens eröffnet.

Genf, 4. Dezember. Der radikale Kandidat der Independenten, Richard, wurde mit 3652 Stimmen zum Staatsrath gewählt. Perrier erhielt 2742, Montfalcon 478 Stimmen.

Paris, 5. Dezember. Drouyn de l'Huys ist nach Compiegne gegangen. Die Journale beschäftigen sich mit der Ankunft des amerikanischen Generalen Schosfield. Es scheint gewiss, daß derselbe noch nicht notifiziert habe, er sei mit einer Mission betraut. „Patrie“ beharrt in dem Glauben, Schosfield sei mit einer Mission, betreffend die mexikanisch-amerikanische Angelegenheit betraut.

Brüssel, 4. Dezember. (Abends.) Dem „Courrier du commerce“ zufolge befindet sich der König in vollkommener Erschöpfung der Kräfte, und befürchtet man sein Hinscheiden diese Nacht oder morgen.

Brüssel, 5. Dezember. In dem Befinden Seiner Majestät des Königs ist eine sehr geringe Besserung eingetreten. Die Kräfte haben sich im Allgemeinen etwas gehoben. — Der Justizminister Bara ist in Tournai ohne Opposition wieder gewählt worden.

Stockholm, 4. Dezember. (Abends.) Im Ritterhause sprachen 13 Redner für, 8 gegen den Reformvorschlag. Auf der Rednerliste sind noch 30 Namen verzeichnet. Der Priesterstand beschloß, die Debatte bis nach der Beschlußfassung durch den Adel auszusetzen. Volkshäuser stehen in den Straßen. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Kopenhagen, 4. Dezember. (Abends.) Der Landthung hat in zweiter Behandlung den Grundgesetzwurf mit 32 gegen 15 Stimmen angenommen, nachdem der Konseilspräsident erklärt hatte, daß die Regierung auf unveränderter Annahme desselben bestehe.

Geschäfts-Zeitung.

Verlosung. Bei der am 1. Dezember 1865 vorgenommenen 29. Verlosung des hochfürstlich Alfred Windischgrätz'schen Anlehens pr. 2,000.000 fl. CM. wurden nachstehende Gewinne

gezogen, u. z.: Nr. 15.903 gew. 20.000 fl., Nr. 33.075 gew. 2000 fl., Nr. 31.915, 40.217 gew. je 1000 fl., Nr. 4778, 9370 gew. je 500 fl., Nr. 5048, 6503, 32.898, 41.113, 42.521, 61.426, 79.933, 83.267 und 94.634 gew. je 100 fl., Nr. 17.535, 24.307, 28.587, 44.338, 58.097, 70.602, 77.045, 85.211, 85.818, 87.048, 91.024, 91.565 gew. je 50 fl., Nr. 3677, 8174, 15.400, 16.070, 30.957, 37.653, 40.125, 51.085, 56.032, 78.158, 87.989, 91.200 gew. je 45 fl. CM. Folgen noch 586 Treffer mit 36 fl.

— Als ein erfreulicher Beweis der Ausdehnung und des Aufschwunges unseres internationalen Verkehrs dient der Umstand, daß in letzter Zeit enorme Posten österreichischer Banknoten von Norddeutschland bezogen wurden, um die für den Export dorthin bestimmten Waaren und Produkte damit zu bezahlen.

Laibach, 6. Dezember. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	Mitt. fl.	Mitt. Kr.	Mitt. fl.	Mitt. Kr.
Weizen pr. Megen	3 64	3 96	Butter pr. Pfund	— 45
Korn	—	2 74	Eier pr. Stück	— 2
Gerste	2 10	2 20	Milch pr. Maß	— 10
Hafer	1 50	1 75	Rindfleisch pr. Pfd.	— 16
Halbfench	—	2 90	Kalbsteisch	— 16
Heiden	2 10	2 35	Schweinefleisch	— 16
Hirse	2 20	2 42	Schöpfenfleisch	— 9
Kartoffeln	—	2 52	Hühner pr. Stück	— 27
Erbsen	1 30	—	Tauben	— 11
Linien	4 50	—	Den pr. Zentner	—
Erbsen	4	—	Stroh	—
Risolen	4 50	—	Holz, hart, pr. Kst.	— 8 50
Rindschmalz Pfd.	— 50	—	— weiches	— 6 50
Schweinschmalz	— 40	—	Wein, rother, pr.	—
Speck, frisch	— 25	—	Eimer	— 13
— geräuchert	— 40	—	— weißer	— 14

Theater.

Heute Donnerstag den 7. Dezember:

Zum ersten Male:

Das Kouzert, oder: **Die feindlichen Musikvereine.** Original-Lustspiel in 4 Aufzügen von Noderich Benedix.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Stimmels	Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien
6. d. M.	Mg.	326.17	+ 6.0	D. still	Regen	1.60
6. d. M.	N.	327.36	+ 6.9	D. still	trübe	Regen
10. d. M.	Ab.	328.76	+ 5.3	D. still	trübe	Regen

Barometer im Steigen, in den oberen Luftschichten östlich Windströmung.

Bahnarzt Engländer

danke bei seiner Abreise hiermit höflichst für das ihm allseitig geschenkte Vertrauen und zeigt ergebenst an, daß er in Folge vielfacher Aufforderungen sich entschlossen hat, hier in kurzer Zeit ein zahnärztliches Atelier zu errichten, um abwechselnd in Laibach und Graz seine Praxis auszuüben.

Während seiner Abwesenheit wird an beiden Plätzen Herr Zahnarzt Dr. Fr. Brunn seine Stelle vertreten. (2446—3)

Die erste Nummer des neuen Jahrgangs 1866 ist aus Berlin bereits eingetroffen.



Der Bazar, die reichhaltigste und nützlichste Familienzeitung, hat durch seine enorme Verbreitung wohl am besten bewiesen, daß er in den bisherigen elf Jahrgängen seine Aufgabe gelöst hat. Die deutsche Original-Ausgabe zählt eine Auflage von 130,000 Exemplaren, die übrigen Ausgaben in fünf verschiedenen Sprachen zählen zusammen 125,000 Exemplare — im Ganzen also über eine viertel Million, ein Umstand, der den Bazar als die verbreitetste Zeitung der Welt hinstellt. — Auch fernerhin werden wir es uns hauptsächlich angelegen sein lassen, durch Abbildung und Beschreibung die Selbstanfertigung der Damen- und Kinder-Garderobe aus der neuesten Mode entsprechend zu lehren und hierbei vorzugsweise auf die praktischen Bedürfnisse der Abonnenten Rücksicht nehmen, so daß den Familien Gelegenheit zu wesentlichen Ersparungen geboten ist. Die jährlich erscheinenden 24 Doppel-Nummern (74 Bogen in größtem Folio-Format) bringen gegen 300 Schnittmuster in natürlicher Größe zur gesammelten Garderobe der Damen, Mädchen und Knaben, sowie der Leibwäsche überhaupt. Diese Schnittmuster sind in Zeichnung und Beschreibung so klar und faßlich, daß auch die ungeschickteste Hand im Stande ist, ein aussehendes Kleidungsstück darnach zuzuschneiden und anzufertigen. Jährlich über 1000 Abbildungen umfassen gleichfalls die gesammte Damen-Garderobe, Leibwäsche und Kinder-Garderobe, ferner alle übrigen Gegenstände, welche irgend in das Bereich weiblicher Handarbeiten gehören, und die gewöhnlich zu theuren Preisen in den Läden gekauft werden, nach dem modernsten Geschmack: Pariser und Berliner Originalmuster für Stickerie, Weißstickerie, Tapissiererei, Applikation und Coutache, Filet, Strick, Häkel, Knöpf- und Perlenarbeiten; endlich in regelmäßiger Reihenfolge die neuesten Modenbilder.

Der unterhaltende Theil des Bazar, redigirt von Dr. Julius Rodenberg, bringt Novellen der beliebtesten Schriftsteller, dem weiblichen Geschmack entsprechende Skizzen ersten und heiteren Inhalts, nebst Illustrationen; Gedichte, Musik-Piecen für Pianoforte und Gesang, neue Tanzstücken, Räthsel, Rebus, Schach, Räthsel, Sprung-Aufgaben und eine Fülle von Notizen und Rezepten für die Hauswirtschaft und Toilette, schließlich regelmäßige Berichte über neueste Moden und Handarbeiten.

Probe-Nummern werden von allen Buchhandlungen und Post-Aemtern des In- und Auslandes zur Ansicht geliefert.

Bestellungen nimmt jederzeit entgegen: Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg.

Auflage **130,000** — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: **1 fl. 50 kr.** — Auflage **130,000** — Monatlich erscheinen zwei Doppel-Nummern mit zahlreichen Illustrationen. — **130,000**

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fodor Bamberg in Laibach.

Siehe ein Bogen Amts- und Intelligenzblatt.

Verkaufs-, Pacht- und Dienst-Offert.

Mehrere landtätliche Güter unfern der Eisenbahn, mit Mühlen, Weingärten, im Preise von 10000 fl., 17000 fl., 100000 fl. und darüber; ein Haus in Laibach mit Garten, Hofraum, Gewölbe, im Zinsvertrage von 1200 fl. um 20000 fl.; ein Gasthaus daselbst mit Garten um 3000 fl. werden zum Kaufe angeboten; ein Dienstmänner-Institut wird billig verpachtet oder verkauft; ein sehr ergiebiges Steinkohlen-Bergwerk, in der Nähe Quarz- und Eisenerz, um 900 fl. abgetreten; dann werden Köchinnen und eine Wirthschafterin, auch eine Kellnerin mit 180 fl. Lohn gegen 50 fl. Kaution aufgenommen; endlich ein Gasthaus in Laibach um 120 fl., so wie auch ein großes Gewölbe zu einem Kaffeehanse u. s. w. um 300 fl. verpachtet durch J. N. Schuller's Bureau in Laibach. (2546)

Anzeige.

Die Material-, Spezerei-, Wein- und Farbwaaren-Handlung

des Gefertigten empfiehlt ihr neu assortirtes Lager von besten selten **Emmenthaler-, Groyer- und Parmesan-Käsen**, neue **Hamburger u. Pickelhäringe**, marin. Aal, **Genueser Tafelsardellen**, **Sardinen de Nantes in Oel**, russische **Sardinen mit Mixed Pickles** eingelegt, **ungarische Salami**, neuen **französ. und Kremser Senf**, **Görzer Maroni**, echten **Jamaica-Rum**, **Punschessenz**, feinste Sorten **Thee**, die beliebtesten **österreichischen und ungarischen Weine**, **Champagner, Liqueurs, Canditen, Pinoli, Mandeln, Rosinen, Weinbeeren, Zibeben**, reinstes **Tafel- und Olivenöl**, **Kaffees** in reinschmeckender Waare nebst allen übrigen Spezerei-Artikeln zu den billigsten Preisen und solidester Bedienung.

Gustav Stedry,

Elefantengasse.

(2504—2)

Letzte Woche.



Menagerie

am Jahrmarktplatz,

zu sehen jeden Tag, Fütterung um 5 Uhr Abends.

Sonntag am 10. Dezember letzte Vorstellung.

Zum zahlreichen Besuche ladet ergebenst ein

Cocchi-Advinent.

(2526—2)